

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. J. Alric & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreißundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Daube & Co.,
Haafenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidendank“.

Nr. 917.

Donnerstag, 30. Dezember.

1880.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Petitzeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

Erscheinen der Zeitung.

Die Neujahtsnummer unserer Zeitung erscheint
Freitag, den 31. d. M., Abends 8 Uhr, und ist
sowohl in der Expedition, als auch bei den
Distributionsstellen in Empfang zu nehmen. Inse-
rate für diese Nummer werden bis 2 Uhr Nach-
mittags desselben Tages angenommen. Die kleine
Abend-Ausgabe fällt Freitag aus.

Amtliches.

Berlin, 29. Dezember. Der König hat geruht: dem königlichen
Hausfiskusminister-Unterschatzmeister Fischer zu Wendisch-Buchholz den
Charakter als Domänenrath zu verleihen.
Dem Domänenpächter Thoma zu Uszwaunen im Regierungsbezirk
Gumbinnen ist der Charakter königlicher Oberamtmann beigelegt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 30. Dezember.

Die „Provincial-Korrespondenz“ erinnert daran,
daß Kaiser Wilhelm in wenigen Tagen (abgesehen von
der Regentenschaft) das zwanzigste Jahr seiner reich gesegneten Re-
gierung vollendet.

Wenn man die früheren Tadelvoten, welche aus natio-
nalliberalen Kreisen gegen das „vom Pessimismus
eingegebene“ Vorgehen der Sezessionisten laut wurden, — z. B.
die optimistische Rede des Herrn Professor Biedermann in Leip-
zig — vergleicht mit dem, was in neuester Zeit von national-
liberaler Seite kommt und wenigstens die Stimmung eines
Theiles dieser Partei repräsentirt, dann begegnet man einem
sehr bemerkenswerthen Umschwung. Genau dieselbe Anschauung
über die jegige innere Politik finden wir in diesen nationallibe-
ralen Ueberlegungen, wie sie vor Monaten — von den aus der na-
tionalliberalen Partei ausgetretenen Männern gethan, damals aber
von ihren alten Genossen vielfach bekämpft wurden. Selbst die
„Königliche Zeitung“ räumt einem „aus Abgeordnetenkreisen“
stammenden Artikel eine sehr hervorragende Stelle ein, welcher
gegenüber dem vorwöchentlichen Artikel der „Provinz. Korresp.“
die innere Politik des Reichskanzlers und der preussischen Re-
gierung für den radikalen Zug verantwortlich macht, der
durch die Bevölkerung geht. Wir wollen nur einige
Sätze aus dem Artikel hervorheben:

„Ein Ministerium — führt der nationalliberale Abgeordnete aus
— welches ein kirchenpolitisches Gesetz wie dasjenige der letzten Session
einbringen kann, welches sich rühmt, den größten Theil der kirchlichen
Schulinspektoren wieder in Amt und Würde eingesetzt zu haben, welches
in den Herren Stöcker und Stroscher seine unwandelbar getreuen Ver-
theidiger für sein ganzes Thun findet, wird instinktmäßig auch als
Träger aller reaktionären Wünsche dieser seiner Stützen betrachtet.
Allüberall regt es sich in engstirnigen Kreisen zu einem Sturm
gegen die Zivilstands-Gesetzgebung. Die Forderung, daß dieselbe be-
seitigt werde, ist von den Herren Stroscher und Stöcker offen im Abge-
ordnetenhaus gestellt worden. Vom Ministerium aus ist eine Zurück-
weisung bis jetzt nicht erfolgt. Ebenfalls kennen wir die Stellung
der Regierung zu der Forderung der Aufhebung verschiedener Bestim-
mungen der Gewerbeordnung und zu dem Verlangen einer Ueberwindung
des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz. Ueberall hat es den
Anschein, weil alle diese Agitationen von den unbedingten Anhängern
der Regierung ausgehen, als wenn diese die Sache gern sähe, und die
Regierungspresse findet nur Worte der Billigung für alle diese Agi-
tationen. Ein Gefühl der Unsicherheit und des Zweifels an der
Festigkeit der Staatsleitung muß sich der Massen bemächtigen. Der
ganze Handelsstand lebt in Unsicherheit über die Frage
der Gold- und Silber-Währung, über die weiteren Maßnahmen auf
dem Gebiete der Zollpolitik. Ueberall tauchen plötzliche Gerüchte des
Fürsten Reichskanzlers auf, welche, bisher ohne Namen, ihre Pläne mit
einer Sicherheit in die Welt hinausposaunen, daß Jedermann sie für
das Mundstück der Regierung halten muß. Wochenlang bleiben ihre
Entwürfe mit diesem Nimbus der öffentlichen Besprechung ausgelegt,
hinterher wird dann dementirt und neue Pläne werden entgegengestellt,
die zu neuen Störungen führen. Heute noch ist der ganze Westen be-
unruhigt über den von einem Bremer Handelsmann ausgehenden, von
dem Reichskanzler unterstützten Vorschlag eines Unterstützungs-Zolls.
Und zu allen diesen Unklarheiten, Fühlern, weitläufigen Plänen u. s.
w. kommen dann Gerüchte und Andeutungen über die wunderbaren
Steuerprojekte. Das Tabaksmopol ruht nicht, und Wahlaufträge für
die Regierungspolitik erscheinen in Gestalt von Anträgen auf Steuer-
erlasse, vor denen alle Parteien geradezu verblüfft stehen. Eine solche
von der Regierung und ihrem nächsten Anhang geschaffene Lage der
inneren Politik muß die Mittelparteien nicht, wie die „Prov. Korresp.“
sagt, zur Thatenlosigkeit, sondern in Wirklichkeit zur Abwehr verur-
theilen.“

Eine Verständigung — so fährt der Verfasser fort — sei
diesen Dingen gegenüber unmöglich, ein „Nein“ die einzige Ant-
wort. Ganz einverstanden. Wegen dieses Nein aber sind die
Sezessionisten grade von nationalliberaler Seite sehr oft angefeindet
und man hat ihre Auffassung der Situation als „eine pessi-
mistische“ abgethan. Unverständlich ist aber der Schluß des
Artikels, in welchem der Abgeordnete erklärt, daß die National-
liberalen der Aufforderung der „Prov.-Korr.“ zum „thatkräftigen
Handeln“ nicht entsprechen könnten, sondern daß sie sich „zurück-

haltung“ auferlegen würden. Wir sind der Meinung, daß die
Politik der „Zurückhaltung“ nicht die Politik der
„Abwehr“ ist, die der Verfasser oben selbst für nothwendig
erklärt, daß sie überhaupt die unzweckmäßigste ist, die eine Partei
treiben kann. Wir sind auch davon überzeugt, daß die National-
liberalen sich bald werden darüber entscheiden müssen, ob sie die
Konsequenzen aus einer Anschauung ziehen wollen, wie sie sich
in dem obigen Artikel zeigt.

Daß es nicht nur die fortschrittliche Presse ist, welche sich
erlaubt, ihre erheblichen Bedenken gegen das Verwendungs-
gesetz zum Ausdruck zu bringen, beweist der heutige Leitartikel
der „Post“, der besonders an der Ueberweisung der nicht außer
Hebung zu stellenden Theile der Klassensteuer Mancherlei und Ge-
wichtiges auszusetzen hat. Dem freikonservativen Organe zu-
folge ist es politisch geradezu unerlässlich, die Ziele der Reform
so zu beschränken, daß die alsbaldige Beschaffung der hierfür er-
forderlichen Mittel im Reich mindestens wahrscheinlich ist. „In
dieser Hinsicht“, heißt es, „ist es aber offenbar von großer Be-
deutung, wenn der Bedarf in Preußen um 15—20, mithin die
erforderliche Bewilligung im Reich um 25—32 Millionen Mk.
sich vermindert. Sodann ist von der Ueberweisung von Perso-
nalabgaben, an deren Ueberwuchern die Kommunalbesteuerung
gerade krankt, schwerlich eine Besserung auf diesem Gebiete zu
erwarten. Endlich — last not least — bedingt die Doppel-
rolle, welche der Personalsteuer in dem preussischen Finanz-
system zufällt, die Beibehaltung der Klassensteuer
als unmittelbare Staatssteuer. Die Freilassung
der nicht dem Arbeiterstande angehörigen Klassensteuerverpflichtigen
würde weder der Bestimmung als Ausgleichungsfaktor im Sinne
angemessener Heranziehung der besser Situirten voll entsprechen,
noch gestatten, die Personalsteuer in Fällen vorübergehender
Finanznoth mit ausreichender Wirkung als Hilfsmittel zu verwen-
den, wie dies bei dem großen Antheil, den Betriebsverwaltungen an
dem Einnahmebudget Preußens haben, unerlässlich werden dürfte.
Nach dieser Richtung wäre vielmehr eine Stärkung der Personal-
steuer dringend zu wünschen und es würde, wenn, wie verlautet,
die als letzter Akt der Steuerreform geplante organische Reform
der Personalsteuer eine solche insbesondere durch intensive Her-
anziehung der Einnahme aus Zinsen und Renten bezweckt, ohne
Zweifel die Mittheilung dieser Pläne manche Bedenken beseitigen.“
Angemessener dürfte es doch sein, die sogenannte Reform
der Klassensteuer bis zur Inszenierung des „letzten Aktes“ über-
haupt zu vertagen; im Uebrigen wäre es erwünscht, wenn die
Freikonservativen auch in praxi die Konsequenzen ihrer Bedenken
ziehen würden.

Eine Tabelle des „Reichs-Anzeigers“ über die Betriebsergeb-
nisse der Eisenbahnen im Monat November ergiebt, daß die Ein-
nahmen der verstaatlichten Bahnen nicht mehr diesel-
ben günstigen Resultate liefern, wie in den ersten neun Monaten
dieses Jahres. Während in den ersten neun Monaten die Mehr-
einnahmen 7,685,384 M. gegen das Vorjahr betrug, wies der
Monat Oktober eine Minder-Einnahme nach. Im Monat Novem-
ber sind nur 134,544 M. mehr als im Vorjahr eingenommen,
während das Bahnnetz um etwa 100 Kilometer erweitert ist.
Mögen nun auch in Zukunft wieder die Einnahmen sich bessern,
so beweisen doch die erheblichen Schwankungen der einzelnen
Monate, auf wie unsicheren Elementen dieser Zweig der Staats-
einnahmen beruht. Die spezielle Verfolgung der Sachlage ist zur
Zeit um so mehr am Platz, als nach dem Entwurf des „Verwen-
dungs-gesetzes“ der Staat auf den festen Kern der direkten Steuern,
der Klassensteuer und die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer
zu Gunsten der Kreise verzichten will und sich nur die Ein-
kommensteuer reservirt, deren Ertrag doch in schlechten Zeiten
gerade am unsichersten ist. Der Gesetzentwurf über die Ver-
wendung etwaiger Reichssteuer-Ueberschüsse ruft somit alle Fragen
der Finanz- und Steuerpolitik des Staates wach, und sein
endliches Schicksal wird gerade in Verbindung mit der unsichern
Unterlage der Staatsbetriebsverwaltungen sehr zweifelhaft.

Offiziös wird geschrieben: Die Abendnummer der „National-
Zeitung“ vom 27. d. M. leitet eine Mittheilung über den Stand der
bairisch-griechischen Schuldfrage mit folgenden Worten
ein: „Den Bemühungen des Herrn v. Radomitz und dem hinter ihm
stehenden Einflusse des Fürsten v. Bismarck ist es zu danken, daß hin-
sichtlich der bairisch-griechischen Anleihe eine Verständigung zwischen
den beiden Staaten angebahnt ist.“ Diese Nachricht ist insofern ir-
thümlich, als die Verständigung zwischen beiden Staaten nicht erst jetzt
angebahnt, sondern bereits vor einiger Zeit erreicht worden
ist. Und zwar haben die Verhandlungen, welche schon vor zwei Mo-
naten zu einer Abmachung zwischen den beiden Regierungen geführt
haben, nicht in Athen, sondern zu Anfang des vergangenen Sommers
in Berlin durch Einwirkung des Reichskanzlers auf die dortige Ver-
tretung Griechenlands und demnachst in München stattgefunden, wo
Vertreter der bairischen und griechischen Regierung, die Herren von
Sicherer und v. Streit, unter Vermittelung des Auswärtigen Amtes
mit den direkten Unterhandlungen betraut waren. In jüngster Zeit
hat es sich nur darum gehandelt, den Wortlaut des Vertrages festzu-
stellen und dessen Sanctionirung durch die griechische Volksvertretung
herbeizuführen.

Das Sigl'sche „Vaterland“ beklagt sich bitter, daß
seine langjährige Judenhege ihm selbst von den bairischen

Ultramontanen, den „Patrioten“, nichts als die Bezeich-
nung „Schandblatt“ eingetragen habe, während der durch den
Reichshallenstempel bekannte Dr. Henrici um seines mit der Hege
des „Vaterlands“ ganz identischen Vorgehens in Berlin
bejubelt und gefeiert werde. Wir haben diesem für Herrn Dr.
Henrici wie für die berliner Antisemiten gewiß schmeichelhaften
Stoßfuss nichts hinzuzufügen.

Unter den Ursachen, welche den Selbstmord des
Bundespräsidenten der Schweiz, Herrn An-
drewert, veranlaßt haben sollen, waren auch Schmähen
und Angriffe in der Presse genannt worden. Wie man hört,
bezogen sich dieselben auf Andrewert's Privatleben. Im „Bund“
wird über die Verwilderung und Brutalität geklagt, welche die
betheiligten Blätter dabei an den Tag gelegt. Es giebt aber
auch Blätter, gegen welche der „Bund“ sicher nicht einen solchen
Vorwurf zu richten wagen wird und die doch mit Andrewert
streng ins Gericht gehen. So schreibt die „Neue Zürcher
Zeitung“:

Wer eine so hervorragende, nach Außen hin das ganze Land re-
präsentirende Stellung annimmt — er konnte sie ablehnen, wenn er
sich ihrer nicht gewachsen fühlte — und dann vor den Unannehmlich-
keiten, Schwierigkeiten, ja vielleicht Gefahren, die ihn im Amte erwar-
ten mögen, durch Durchschneiden seines Lebensfadens sich selbst und
statt mit seiner Person für die Erfüllung der übernommenen Aufgabe
einzusetzen, in die Ewigkeit desertirt, der erweist sich des hohen Ver-
trauens unwürdig, welches das Vaterland auf ihn gesetzt hatte. Daß
ein Herrführer nach verlорener Entscheidungsschlacht, daß ein Staatslenker
sich den Tod giebt, um den Untergang der Freiheit, die Vernichtung der
Selbstständigkeit seines Staates nicht zu erleben, davon erzählt uns die Ge-
schichte erhebbende Beispiele genug, aber wo und wann ist je ein sol-
cher, alles Heroismus, aller Würde, jeder Seelengröße bauer Selbst-
mord eines Mannes vorgekommen, den sein Land soeben zur höchsten
Ehrenstufe emporgehoben hatte! Wir wollen nicht ungerecht gegen
den Todten sein, verkennen nicht seine großen Talente, nicht seine
Verdienste. Aber die Annahme, daß die That in einem Zu-
stande von Geisteskrankheit erfolgt sei, ist durch
den von Andrewert hinterlassenen Brief ausge-
schlossen, und man darf und soll an den ersten Mann im Staate
einen anderen Maßstab der Beurtheilung anlegen, als an einen
Privatmann.

Der Fall, daß ein neugewählter Bundespräsident kurz vor
Antritt seines Amtes aus dem Leben schieb, ist bisher noch nicht
vorgekommen. Im Januar 1870 starb Ruffy wenige Tage,
nachdem er die Präsidenschaft übernommen hatte. Damals
berief der Bundesrath die Bundesversammlung zum 4. Februar,
um die Neuwahl vorzunehmen. Da diesmal schon bestimmt ist,
daß die Bundesversammlung am 14. Februar zusammentritt,
wird die Wahl bis dahin aufgeschoben, und führt der Vice-
präsident Herr Droz die Geschäfte der Präsidenschaft.

Wie bereits erwähnt, sollte am 27. in Linz selbst ein
Bauerntag abgehalten werden, der inessen vor einigen
Tagen durch die Regierung als gefährlich verboten wurde.
Am erwähnten Tage fanden sich, da vielen Theilnehmern
das Verbot nicht rechtzeitig bekannt geworden war, an tau-
send Bauern zusammen. Unter denselben rief die Nach-
richt von der Unterfagung des Bauerntages Ueberraschung
und Aufregung hervor. Nachmittags zwischen 2 und 3
Uhr vereinigten sich gegen vierhundert Bauern im „Hotel
Schiff“ und beschloßen unter dem Voritze des Komite-
Mitgliedes Leopold Kienmeier aus Gerersdorf, den Bauerntag
bis zum 10. Januar zu verschieben und eine Deputation von
vier Mitgliedern an den Kaiser zu senden, welche die Gestattung
der Bauernversammlung vom Monarchen erbitten soll. Eine
Nachricht der „Neuen Freien Presse“ sagt:

„Das Verbot der linzer Bauernversammlung hat eine ungeahnte
starke Wirkung auf dem flachen Lande hervorgerufen. Städter, welche
die Feiertage auf dem Lande zubrachten, melden, daß große Aufregung
unter den Bauern herrsche.“

Möglich, daß dieses Einbringen einer starken spontanen Be-
wegung in den Bauernstand auf die österreichischen Parteiverhält-
nisse umgestaltend einwirkt.

Nach dem „Pester Lloyd“ hat die zweite, vom 15. d. Mts.
datirte Note der Porte über die griechische Angele-
genheit folgenden Wortlaut:

Konstantinopel 15. Dezember.

Sie haben ohne Zweifel meine Depesche von gestern, Nr. 141, die
griechische Frage betreffend, bereits zur Kenntniß gebracht. Wir wagen
zu hoffen, daß der Herr Minister des Auswärtigen diesem Dokument
denselben Geist der Versöhnung und dieselben Gefühle der Mäßigung
entgegenbringen werde, wie diejenigen sind, welche die Hohe Porte
Angeichts der ungewöhnlichen und anormalen Lage in Griechenland
befundet. Die kaiserliche Regierung wünscht für ihren Theil nichts als
die Freundschaft zwischen den beiden Staaten, als die stetige Befesti-
gung dieser Freundschaft, sie will sichtbare Beweise dieser Gefühle ge-
ben durch eine Selbstlosigkeit, die ohne Beispiel ist, und durch die
Opfer an Gebiet, die sie zu bringen entschlossen ist, zum Nachtheil
ihres Rechtes und selbst gegen den Wunsch der Küstenbevölkerung, die
von ihrer legitimen und alten Regierung nicht losgetrennt zu werden
wünscht. Vor Allem aber rechnet die Porte auf die gütigen, gerechten
und gemäßigten Gefühle der Mächte, welche den Vertrag von Berlin
unterzeichnet haben, sie hofft, daß dieselben ihre freundliche Hand aus-
breiten werden über die Konzeptionen, welche die Türkei zu machen re-
solvirt ist aus Achtung für den im XIII. Protokoll des erwähnten
Vertrages niedergelegten Wunsch Europas und aus dem Interesse,
welches sie gleichfalls an der Erhaltung des Friedens nimmt,
das aber keinesfalls über die Grenzen der Gerechtigkeit und Durch-

fürbarkeit hinausgeht. Diese Grenzen werden einerseits gerechtfertigt durch den Mangel jeglichen Opfers oder irgend eines Motivs seitens jenes Theiles, welcher seinen Besitz um jeden Preis vermehren will, und andererseits durch eine Selbstverleugnung, die ohne Präjudiz ist, und durch eine beträchtliche Abtretung von Gebiet, welche den wirtlichen Sieger einzig in die Lage versetzt, der von dem Berliner Kongresse niedergelegten Grenzlinie gerecht zu werden, welche übrigens wie ich schon jüngst ausgedrückt, nur in dem einfachen Ausdrucke eines Wunsches besteht und konsequentermaßen keinen obligatorischen Charakter besitzt. Wenn unter Anderem eingewendet wird, daß Griechenland sich eine Gebietsabtretung für seine neutrale Haltung im letzten Kriege verdiente, so denke ich, daß ich berechtigt bin, ohne Gefahr, der Uebertreibung geziehen zu werden, zu bemerken, daß es bestimmterweise die Anwesenheit unserer Flotte an den Küsten jenes Königreiches und unsere militärische Demonstration an den Grenzen von Epirus und Thessalien gewesen, welche daszmal diese Neutralität seitens der hellenischen Regierung zur Nothwendigkeit machten, und daß selbst das Opfer und der Schaden ganz auf unserer Seite gewesen, da in Deforenz vor den Rathschlägen gewisser Mächte die ottomanische Regierung unserer bewaffneten Macht unterlagte, irgend eine Vorwärtsbewegung zu machen, und da von Zeit zu Zeit ein Armeekorps von 40,000 Mann entlang der griechischen Grenze mobilisiert wurde, welches Korps besser in Wirksamkeit getreten wäre, wenn nicht gegen Griechenland, das übrigens nicht abhörte, uns mit steten Provokationen aller Art zu überhäufen, so doch auf dem Schauplatz des gigantischen Kampfes, der damals in der Entwicklung war, eines Kampfes, in welchem die Mitwirkung dieses Korps für unsere tapferen Armeen von großem Werthe gewesen wäre. Diese Provokationen sehen wir nun in einer noch stärker pointirten Art wiederkehren, da sie nun in der Form ansehnlicher militärischer Vorbereitungen, wiederholter Einfälle hellenischer Banden in unser Territorium, unumdeutiger offizieller Erklärungen und schließlich in der Form bestiger Angriffe seitens der hellenischen Presse auftreten, während die Pforte trotz dieser Lage ruhig und unbewegt bleibt und es wünscht, auch fernherhin ruhig zu bleiben, ja selbst durch wichtige materielle Zugeständnisse auf ihre Kosten zu einer Versöhnung zu gelangen. So glauben wir denn keinen unbegründeten Appell an die Mächte zu erheben, da derselbe bloß auf der heiligen Sache des internationalen Rechtes und der Humanität, sowie auf ihre eigenen Ideen von unparteiischer Gerechtigkeit und auf der Tiefe jener wohlwollenden Empfindungen beruht, von welchen sie uns zahllose Proben gegeben haben. Aus den vielen Beispielen von Gerechtigkeit, die sie gegeben, können wir nicht umhin, einen Fall zu erwähnen, dessen die hohe Pforte sich mit Dankbarkeit erinnert, und welcher in dem einstimmigen Tadel bestand, den diese Mächte der hellenischen Regierung ertheilten, als dieselbe während der Konferenzen in Konstantinopel den Vorschlag einer Grenzlinie machte, welcher, wie es auch recht war, mit ihrer formellen Mißbilligung beantwortet wurde.

Gez. A s s i m P a s c h a.

Die Note ist an die Missionen der Türkei bei den Signatarmächten gerichtet.

In dem Augenblicke, wo in Ostrumelien bei der zunehmenden Gährung in der Bevölkerung es doppelt nothwendig erscheint, daß mit der Verwaltung der Provinz eine Kraft betraut ist, die mit den Verhältnissen bis ins kleinste Detail bekannt ist, wurde Europa von dem Rücktrittsgesuch des Generalgouverneurs A l e k o P a s c h a überrascht. Das Gesuch kam am zweiten Weihnachtstage auf telegraphischem Wege in Konstantinopel an. Gleichzeitig bat A l e k o P a s c h a die Pforte um die Erlaubniß, sich nach Konstantinopel begeben zu dürfen, um die Motive für seinen Rücktritt ausführlich zu erläutern. Die Nachricht rief in Konstantinopel auf den fremden Botschaften große Ueberraschung hervor, da von den Vertretern der Mächte allgemeine Befriedigung ausgedrückt worden war über die entschlossene und loyale Art und Weise, in welcher der Generalgouverneur die Ausführung des organischen Statuts überwacht, die Stärke der Miliz rebuzirt und die Intriguen panislawistischer Agitatoren unterdrückt hat. — Die Krisis wurde dadurch herbeigeführt, daß die ostrumelische Provinzialversammlung die Bewilligung gewisser Kredite für die Befolgung einiger Sekretäre und dem General-Gouverneur attachirter Adjutanten verweigerte und somit dessen Wünschen mit Nichtachtung begegnete. A l e k o P a s c h a legte diese Entscheidung als ein Zeichen eines Vertrauensmangels gegen sich selber aus. Noch am Abend des 26. Dezember machten die Departements-Direktoren und eine Anzahl von Deputirten A l e k o P a s c h a ihre Aufwartung, um ihn zu bitten, seinen Entschluß in nochmalige Erwägung zu ziehen. Nach einiger Diskussion zeigte A l e k o P a s c h a, wie der römischen „Agencia Stefani“ aus Konstantinopel telegraphirt wird, der Pforte an, daß er die eingereichte Demission zurückziehe.

Die Bemühungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, den Frieden zwischen Chili, Peru und Bolivia zu vermitteln, sind erfolglos geblieben. Man hatte, schreibt man der „Pol. Korresp.“ aus Lima, 3. Novbr., um die Empfindlichkeit keiner der kriegführenden Republiken zu verletzen, die nordamerikanische Korvette „Tacavanna“ als Zusammenkunftsort gewählt, wo sich auch am 22. Oktober die Delegirten von Chili, jene der verbündeten Republiken von Peru und Bolivia, sowie die drei Abgeordneten der Unionregierung versammelten. Die chilenischen Abgeordneten übergaben der Konferenz sofort bei deren Zusammentritt eine gedruckte Denkschrift, welche die Einzelheiten der beanspruchten Bedingungen enthielt. Dieselben sind dem Wesen nach folgende:

- 1) Bolivia und Peru treten an Chili das ganze Territorium an, welches letzteres im Laufe des Krieges besetzte, einschließlich der Salpetergruben in ihrer ganzen Ausdehnung.
- 2) Bolivia und Peru bezahlen solidarisch an Chili als Kriegsschädigung 20 Millionen Pesos (100 Mill. Francs).
- 3) Den chilenischen Staatsangehörigen, welche in Bolivia oder Peru Einbuße an ihrem Eigenthum erlitten haben, wird vollständige Vergütung gewährt und jeder Schaden ersetzt.
- 4) Bolivia und Peru ersetzen an Chili den Werth des zerstörten Transportdampfers „Tima“.
- 5) Der geheime, zwischen Bolivia und Peru im Jahre 1873 abgeschlossene Vertrag wird für null und nichtig erklärt und alle Vorbereitungen für eine zwischen Bolivia und Peru abzuschließende Konföderation werden aufgehoben.
- 6) Die gegenwärtig von Chili besetzten Territorien Moquegua, Tacna und Arica bleiben als Pfand bis zur Abtragung der Kriegsschädigung im Besitze Chilis.
- 7) Peru verpflichtet sich, auch in Zukunft den Hafen von Arica nicht zu besetzen.

Die Delegirten Bolivia's und Peru's wiesen diese Bedingungen, sowohl bei der ersten als auch bei der zweiten und letzten Zusammenkunft vom 25. Oktbr. zurück, erklärten jedoch, sich einem Schiedsrichterspruche der nordamerikanischen Regierung fügen zu wollen, was aber die Chilenen entschieden verweigerten.

Die Konferenzen wurden demnach beendet und der Krieg dauert mit all seinen Gräueln fort.

Die Oeffentlichkeit der Gerichtssitzungen.

Unter diesem Titel bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgendes Eingefandte:

Wenn durch die Gesetzgebung eines Landes die Oeffentlichkeit der Gerichtssitzungen eingeführt wird, so ist der Hauptzweck hiervon meistens der, daß das Volk sich von der Unparteilichkeit der Justiz überzeugen soll. Je mehr also in einem Lande der Justiz der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht werden kann, desto wichtiger ist dort die Einführung der Oeffentlichkeit. In Preußen wurde die letztere bei der Justizorganisation vom 2. Januar 1849 eingeführt, aber wohl mehr aus politischen Gründen, weil damals auf allen Gebieten nach Oeffentlichkeit gestrebt wurde, denn es ist von der preussischen Justiz auch bis dahin wohl nicht behauptet worden, daß sie parteilich gewesen sei, also einer Besserung nach dieser Richtung hin durch die Oeffentlichkeit bedürfe.

Ein zweiter Zweck der Oeffentlichkeit der Gerichtssitzungen ist der, daß das Volk mit den Gesetzen besser bekannt werde und, in unmittelbarer Folge davon, an der Fortbildung des Rechts mehr und besseren Antheil nehmen könne. Dieser Zweck wurde um so wichtiger, seitdem das Laienelement zur Rechtsprechung zugelassen wurde; der Laie, der das Richteramt ausüben sollte, mußte auch dazu vorbereitet werden.

Im Zivilprozeß haben wir nur bei den Handelsgerichten Laienmitglieder. Aber weder an den öffentlichen Sitzungen der Handelsgerichte, noch an den Sitzungen der anderen Zivil-Prozessgerichte theilte sich das Publikum, und zwar aus dem sehr nahe liegenden Grunde, weil nur derjenige einen irgend namhaften Nutzen daraus ziehen kann, welcher bereits erhebliche juristische Vorkenntnisse hat. Ein größeres Interesse für alle diese Zivilsitzungen ist bei dem Publikum in einer absehbaren Zeit auch nicht zu erwarten, und können wir daher von diesen Sitzungen hier ganz absehen.

Anderes steht die Sache bei den Kriminal-Sitzungen. Hier ist das Laien-Element in einem viel größeren Umfange, nämlich bei dem Schöffen- und bei dem Schwurgerichte, zum Richteramt zugelassen, hier ist es also viel nothwendiger, das Laienpublikum für das Richteramt vorzubilden, und hier ist auch das Interesse des Publikums ein viel größeres, weil juristische Vorkenntnisse nicht nöthig sind, um die Verhandlungen zu verstehen und Nutzen daraus zu ziehen. Aber gerade die Kriminalsitzen sind gegenwärtig dem anständigen Publikum geradehin fast unzugänglich, denn ein anständiger Mensch muß sich scheuen, unter dasjenige Publikum zu treten, welches jetzt die Sitzungsäle füllt. Es ist dies fast ausschließlich die Hefe des Volkes, denn die jetzige Zuhörerschaft wird der Hauptsache nach gebildet theils aus Tagelöhnen, die sich auf der Straße langweilen oder kostenfreien Schutz gegen die Unbilden der Witterung suchen, theils aus verworfenen, bereits bestraften Personen, welche Bekehrung für künftige Unthaten dort suchen. Einer Vorbereitung bedarf es ja für sie in keiner Weise; mag Jemand auch schmutzige und abgerissene Kleidung tragen, mag er eben in einer wüsten Kneipe gewesen sein, das hindert ihn am Betreten des Gerichtssaales nicht. Geht Jemand in die Kirche, und sei es der arme Mann oder der reichste Gelehrte, so zieht er wenigstens seine beste Kleidung an und betritt mit Ernst das Gotteshaus, denn er ist sich bewußt, daß dieses Haus eine besondere Verehrung verdient. Wenn man nun auch die Feierlichkeit der Kirche und die Erhabenheit des Gottesdienstes nicht mit dem einfachen Gerichtssaale und mit der irdischen Justiz vergleichen darf, so kann doch das Gericht für sich Würde und Ernst in Anspruch nehmen, da es über die höchsten irdischen Güter des Menschen, über Leben, Freiheit und Ehre, richtet. Es muß daher verlangt werden, daß Jeder, der die Gerichtssäle betritt, der Würde derselben dadurch Rechnung trägt, daß er in ernster Stimmung und anständiger Kleidung erscheint. Gerade bei den minder gebildeten Volksklassen darf der Zwang, eine bessere als die Werstatagskleidung anzulegen, nicht unterschätzt werden, da der gemeine Mann mit der Nothwendigkeit einer besseren Kleidung für eine bestimmte Handlung auch zugleich eine höhere Achtung für diese Handlung verbindet.

Dieser Uebelstand, daß die Gerichtssäle jetzt von vielen Personen mit unwürdiger Kleidung und — oft nur in Folge dessen — ohne Ernst betreten werden, kann sehr leicht beseitigt werden, da § 176 des Gerichtsverfassungsgesetzes vorschreibt, daß der Zutritt allen denjenigen Personen verweigert werden kann, welche in einer der Würde des Gerichts nicht entsprechenden Weise erscheinen. Es braucht daher der Vorsitzende dem die Aufsicht führenden Gerichtshoten nur die strenge Weisung zu geben, keine Person mit unwürdiger Kleidung eintreten zu lassen.

Ebenso nothwendig ist es aber auch, die Verbrechenswelt fern zu halten. Es ist bekannt, daß viele bereits bestrafte Individuen die Gerichtssitzungen nur zu dem Zwecke besuchen, um sich für ihre Verbrechenslaufbahn auszubilden, und werden solche Personen daher hier in Berlin allgemein Kriminal-Studenten genannt; sie hören dort, wie dieser und jener Angeklagte eine That sehr schlaue ausgeführt hat, wie er bei einer andern eine Vorsicht unterlassen hat, wie er eine Ausrede bald sehr geschickt, bald sehr ungeschickt vorbringt, und alles Das merken sie sich, um bei geeigneter Gelegenheit Anwendung davon zu machen. Es ist wiederholt von solchen Personen, die eine That sehr schlaue ausgeführt hatten, ausdrücklich anerkannt, daß sie den Entschluß und Plan dazu in einer Gerichtssitzung nach dem dort verhandelten Falle gefaßt haben. Aber auch diese Personen können, wenigstens mit der Zeit, von den Gerichtssälen fern gehalten werden, da nach dem oben citirten § 176 auch allen denjenigen Personen der Zutritt verweigert werden kann, welche sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Es wäre daher nur nöthig, daß ein mit der Verbrechenswelt vertrauter Polizeibeamter die Gerichtssäle an einzelnen Sitzungstagen nach vorbezeichneten Individuen durchsucht, diese dem Vorsitzenden anzeigt und letzterer dieselben dann öffentlich aus dem Saale weist. Diese öffentliche Blossstellung würde sie wohl vom Wiederkommen abhalten, und müßte auf diese Weise zugleich auch der aufwartende Bethe bald mit diesen Persönlichkeiten bekannt werden, so daß er sie fortan gleich selbst abweisen könnte.

Aber hiermit hat die Justiz ihre Pflicht gegen das Publikum noch nicht vollständig erfüllt. Wenn sie in den Gerichtssälen ein anständiges Publikum wünscht, dann muß sie auch solche Einrichtungen treffen, welche einen anständigen Aufenthalt gewähren und ein längeres Verweilen möglich machen. Das ist bisher nicht geschehen. Bei den das große Publikum interessirenden Fällen sehen wir jetzt die Gerichtssäle von einer Kopf an Kopf stehenden Menge der Art gefüllt, daß Manche sich nach einiger Zeit nicht mehr auf ihren Füßen aufrecht halten können und daher alsbald herausgehen müssen. Ist dabei wohl Rechtsbelehrung möglich? Vor Allem dürfen daher nur so viel Personen zugelassen werden, als vernünftiger Weise in dem Saale Platz finden, und dann muß Jeder dort einen anständigen Sitz finden, welcher derartig eingerichtet ist, daß von ihm aus alle bei der Verhandlung mitwirkenden Personen, Richter, Angeklagte, Zeugen u. s. w. gesehen werden können; es müssen also für das Publikum amphitheatrische Sitzreihen eingerichtet werden. Dann erst kann Jemand mit Ruhe und Aufmerksamkeit einer Verhandlung vom Anfange bis zum Ende folgen und wenn dieselbe auch mehrere Stunden dauert. Aber nur das Anhören der ganzen Verhandlung kann diejenige Belehrung bringen, welche durch die Oeffentlichkeit erstrebt wird. Uebrigens würde durch eine solche Einrichtung zugleich die Aufrechterhaltung der Ordnung erheblich erleichtert werden, da sie es ermöglicht, das ganze Publikum zu übersehen.

Endlich ist noch hervorzuheben, daß vor allen Anderen, auch noch vor dem Publikum, für die Journalisten ein angemessener, gut gelegener Platz eingerichtet werden muß, denn durch einen einzigen guten Bericht

wird, da derselbe von Hunderten und Tausenden gelesen wird, mehr Rechtsbildung verbreitet, als wenn man die Journalistenbüreau zu einem zweiten Zuhörerraum für das Publikum erweitern würde. Wenn bei dem hiesigen Landgericht I. in zwei Sitzungsälen in ein kleiner Tisch für die Presse in dem Zuhörerraum aufgestellt ist, so hat zwar die Hauptstadt ein gutes Beispiel dadurch gegeben, in dessen kann dies doch nur als ein guter Anfang, aber noch nicht als das zu erstrebende Ziel angesehen werden. Sobald in angemessener Art für die Presse gesorgt sein wird, dann werden auch die ersten Kräfte derselben, denen man jetzt das Erscheinen kaum zumuthen kann, zu den Sitzungen sich einstellen, und wir würden dann Berichte erhalten, welche die einzelnen Verhandlungen psychologisch und rechtlich der Art sachgemäß erörtern, daß dadurch wahre Rechtsbildung weit mehr unter das Publikum verbreitet wird.

Wenn auf diese Art die Gerichtssäle gesäubert und in angemessener Weise eingerichtet sein werden, dann wird sich auch wieder anständiges Publikum einstellen, und dann wird auch der Zweck der Oeffentlichkeit, Gesetzeskenntniß unter das Volk zu verbreiten und die Laien zu ihrem Amte als Schöffen und Geschworene vorzubereiten, erreicht werden.

G. P o s s e l d t,
Amtsgerichtsrath in Berlin.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 29. Dezember.

— Die bevorstehende Feier des Neujahrsfestes wird im Palais der kaiserl. Majestäten unter Darbringung der Glückwünsche Seitens der Mitglieder der königlichen Familie und der Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden in hergebrachter Weise begangen werden. — Zunächst bringen am Neujahrstage der Kronprinz und die Kronprinzessin und die anderen königlichen Prinzen und Prinzessinnen Vormittags 9³/₄ Uhr den Majestäten ihre Glückwünsche dar, worauf dann die Allerhöchsten und die Höchsten Herrschaften sich direkt vom kaiserlichen Palais zur Wohnung des um 10 Uhr beginnenden Gottesdienstes in den Dom begeben. Nach der Rückkehr von dort empfangen Ihre Majestäten um 11³/₄ Uhr im Ballonsaale den gesammten königlichen Hof. Um 12 Uhr bringen die aktiven und die zur Disposition stehenden Generale, sowie die Obersten, welche Generalsstellungen bekleiden und die Kommandeure der Leibregimenter und Leibkompagnien Sr. Majestät dem Kaiser ihre Glückwünsche dar. Um 12¹/₂ Uhr erscheinen zur Gratulation im kaiserlichen Palais die landständigen Fürsten und deren Gemahlinnen und Nachmittags 1 Uhr die aktiven Staatsminister, denen sich der Präsident des Evangelischen Oberkirchenraths anschließt.

— Offiziös wird geschrieben: Wiederholte Beschwerden über Belästigungen des reisenden Publikums durch ungebührliche Uebertreibung der Eisenbahncoups rechtfertigen, wie der Minister der öffentlichen Arbeiten in einem Erlass vom 21. d. M. ausspricht, die Annahme, daß bei der Platzirung der Reisenden durch die Schaffner vielfach mit der gebührenden Rücksicht noch nicht verfahren wird. Zum Theil handele es sich hierbei um verwaltungsseitige Bestimmungen, wonach auf den Anfangsstationen der Züge nicht sogleich sämtliche, sondern nur die zunächst erforderlichen Coups geöffnet werden dürfen. Eine derartige Bestimmung, welche überdies zu einer unzulässigen Bevorzugung einzelner Reisenden Anlaß geben könne, sei wo sie noch bestehe, alsbald in Wegfall zu bringen und Anordnungen zu treffen, daß schon auf der Abgangstation stets sämtliche Coups über welche nicht für besondere Zwecke schon anderwärts verfügt sei, sofort geöffnet werden. Im Uebrigen sei bei der Zuweisung von Plätzen, unbeschadet nothwendiger Einrichtungen im Interesse der Ordnung, Sicherheit und Oekonomie des Betriebes, den Wünschen und der Bequemlichkeit des reisenden Publikums in entgegenkommendster Weise Rechnung zu tragen, vor Allem auch die für die warme Jahreszeit angeordnete mäßige Besetzung der Coups (1. Klasse mit 4 Personen, 2. Klasse mit 6 Personen und 3. Klasse mit 8 Personen) in Zukunft allgemein und ohne Beschränkung auf die warme Jahreszeit, so lange hinreichender Platz vorhanden sei, als Regel festzuhalten. Der Minister macht die sorgsame und nachdrückliche Ueberwachung dieser Bestimmungen zur besonderen Pflicht.

— Vor Kurzem ist in den öffentlichen Blättern erwähnt worden, daß die Auszahlung der Pension an die Wittve des verstorbenen Ministers Leonhardt auf Bedenken stöße, weil unerklärlicherweise kein Dokument über die stattgehabte Trauung aus dem Kirchenbuche herbeizuschaffen sei. Daraufhin hat sich ein Geistlicher der Provinz Hannover mit der Anzeige gemeldet, daß er dem Trauungsakt als Gast beigewohnt habe. Offenbar hat bei der unterlassenen Eintragung in das Kirchenbuch nur ein Versehen obgewaltet.

Locales und Provinzielles.

Posen, 30. Dezember.

— Das milde Auftreten des Dezembers ist nicht erwartet worden; bereits befinden wir uns am Ende des Monats und noch immer ist regnerisches Wetter vorherrschend. Die bereits seit vier Wochen anhaltend nasse Witterung kann von keinem günstigen Einfluß auf die Gesamt-Landwirthschaft sein, weil die natürliche Ruhe mangelt, die jeder Organismus braucht. So willkommen ein recht langer, mäßig trockener Herbst sein mußte, um die Ackerarbeit in ihrer ganzen Ausdehnung vollenden zu können, so unangenehm berührt die vorgerückte Jahreszeit durch die unaufhörlichen nassen Niederschläge, die ungesunden feuchten Nebel und durch die trüben Tagesstunden. Die Kommunikationsstraßen sind in einem Grade zusammengefahren, daß sie eigentlich unpässbar zu nennen sind und selbst nach Eintritt von Frost werden viel Anstrengungen dazu gehören, um dieselben wieder fahrbar zu machen. Die Winter-Schläge, die durch die anhaltende Feuchtigkeit, verbunden mit milder Temperatur, nicht nur stark vegetiren, sondern auch bereits wuchern, geben hin und wieder, namentlich auf üppigem Boden, bereits Veranlassung zu Bedenken. Rapas hat fast die höchste Stufe seiner Entwicklung erreicht und wäre eine starke Schneedecke ohne vorhergegangenen nachhaltigen und tief einwirkenden Frost im Untergang. Auch zeitig entwickelter Roggen, so widerstandsfähig derselbe auch allen Witterungseinflüssen ist, fängt stellenweise zu kränkeln an und wird gelb.

J. D o l z i g, 27. Dezbr. [Volkszählung. Viehbestand. Postverbindung.] Die Volkszählung am 1. d. Mts. hat folgenden Resultat ergeben: Die Einwohnerzahl der hiesigen Stadt beträgt 1614, davon sind evangelisch 118, jüdisch 43, katholisch 1453. Die 349 Familien zerfallen in 24 evangelische, 9 jüdische und 316 katholische. — Der Viehbestand betrug am 1. d. Mts. 81 Pferde und 188 Stück Rindvieh. — Unter dem hiesigen Publikum werden mehrfach Klagen darüber laut, daß Briefe von hier nach Borek oder Gostyn, welche von hier zwei Meilen entfernt sind, erst am dritten Tage an ihren Bestimmungsort kommen. Obwohl zugegeben werden muß, daß die Korrespondenz zwischen Dolzig und den beiden genannten Städten eine nicht gerade sehr ausgebreitete ist, so kann im Interesse des hiesigen, so wie auch des schrimmer Publikums eine Verbindung mit Borek nur er-

— z. **Schwien a. W.**, 27. Dezember. [Verschiedenes]. Die diesjährige Weihnachtsbescherung armer Kinder und Ermanneter aller Konfessionen fand, wie üblich, im Rathhauseale statt. Es kamen sowohl Kleidungsstücke, als auch mäßige Gaben an baarem Gelde zur Vertheilung. — Das Stiftungsfest des hiesigen Vereins „**Heiliger Bund**“ findet am 1. Januar 1881 statt. Tags vorher wird der Verein die neuerbaute Leichenhalle auf dem jüdischen Friedhofe einweihen. — Nach einer Bekanntmachung hat die hiesige städtische Sparkasse den Zinssfuß für Spareinlagen vom 1. April 1881 ab auf 3½ % herabgesetzt. — Der Wasserstand der Warthe ist in den letzten Tagen in beständigem Steigen verblieben und beträgt hier 8 Fuß 9 Zoll. Die Uferländereien sind bereits überschwemmt.

Gesellige Zusammenkunft.

Produkten-Börse.

Berlin, 29. Dezember. Wind: SW. Wetter: Sehr milde.
Weizen per 1000 Kilo 185-235 M. nach Qualität ge-
fordert, f. weißer Udm. - M. ab Bahn bez., gelber - M.
ger. weiß. Polnischer - M. ab Bahn bez., per Dezember
203-203½ bez., per Dezember - Januar - bez., per April - Mai
209-209½ bez., per April - Juni 210 bez., Juni - Juli -
Brief. Gefünd. 1000 Ztr. Regulirungspreis 203 M. - Roggen
per 1000 Kilo loco 200-216 M. nach Qualität gef., russischer - ab
Bahn bez., inländischer 203-211 ab Bahn bez., defekt. - M. ab Bahn
bez., Hochfeiner - Markt ab Bahn bez., per Dezember
213-214½ bez., Dezember - Januar 208½-209½ bez., per
Januar-Februar - bez., April-Mai 198½-199½ bez., Mai-Juni
194-194½ bez., Juni-Juli 188½-188½ bez., Gef. 14000 Ztr.
Regulirungspreis 214 M. - Gerste per 1000 Kilo loco 145-200
nach Qualität gefordert, russischer 150-154 bez., oft und west-
preussischer 150-155 bez., pommerischer und mecklenburgischer 153 bis
156 M. bez., sächsischer 150-156 bez., böhmischer 150-155 bez., per
Dezember 153 bez., April-Mai 152½ bez., Mai-Juni 154 Markt bez.,
per Juni-Juli 154½ bez., Gefündigt 1000 Zentner. Regulirungspreis
151½ Markt. - Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 183-215 M.,
Futterwaare 172-182 M. - Mais per 1000 Kilo loco 141-144
M. nom. nach Qualität gef., per Dezember 140½ nom., per Januar
139 bez., per April-Mai 131½ nom., per Mai - Juni 130½-130 nom.,
rumänischer - ab Bahn bez., amerikanischer - ab Bahn bez.,
Gefündigt - Zentner. Regulirungspreis - M. - Weizen-
mehl per 100 Kilogr. brutto 00: 30,50-29,00 M., 0: 29,00 bis
28,00 M., 0/1: 28,00 bis 27,00 M. - Roggenmehl inf.

Sad 0: 29,75 bis 28,75 M., 0/1: 28,50-27,50 M., per Dez. 28,45-
28,40 bez., Dez.-Jan. 28,40-28,35 bez., pr. Jan.-Feb. 28,40-28,35 bez.,
Februar-März 28,40-28,35 bez., März-April - bez., per April-Mai
28,15-28,20 bez., Mai-Juni 27,75 bez., Gefündigt 5000 Ztr.
Regulirungspreis 28,40 M. - Deliaat per 1000 Kilo Wintertraps
neuer - M. Wintertraps neuer - M. - Rübel per 100 Kilo
loco ohne Faß 54,2 M., flüssig - mit Faß 54,5 M., per Dezember
54,6 bez., per Dezember-Januar 54,6 bez., per Januar-Februar
54,7 bez., per Februar-März - bez., per März-April - bz., April-
Mai 56,0 bez., Mai-Juni 56,4 bez., Gefündigt. - Ztr. Re-
gulirungspreis - M. - Leinöl per 100 Kilo loco 65,0 Markt.
- Petroleum per 100 Kilo loco 28,0 bez., per Dezember 27,7
bez., per Dezember-Januar 27,5 bez., per Januar-Februar 27,5
bez., per Februar-März 27,5 bez., per März-April - , April-
Mai 26,0 Brief. Gef. - Ztr. Regulirungspr. - M. - Spi-
ritus per 100 Liter loco ohne Faß 54,5 Markt bez., per Dezember
55,4-55,6-55,3 bez., Dez.-Januar 55,3-55,6-55,3 bez., Januar-
Februar 55,3-55,6-55,3 bez., Febr.-März - bez., März-April - bez.,
per April-Mai 56,7-56,8-56,7 bez., per Mai-Juni 56,9-57,0-56,9
bez., Juni-Juli 57,8-57,9-57,7 bez., Gefündigt 110,000 Liter. -
Regulirungspreis 55,5 M. (Berl. Börs.-Ztg.)

Bromberg, 29. Dezember 1880. (Bericht der Handelskammer.)
Weizen: flau, hellbunt 19½-20½, hochbunt und glatt 200-210,
abfallende Qualität 160-180 M. - Roggen: unvar., feiner loco
inländischer 195-200, geringer nach Qualität 175-185 M. - Gerste
nom. feine Braun 160-165, große 150-160 Markt, kleine 135 145
Markt. - Hafer: loco 145-155 Markt - Erbsen: Kochwaare
170-180 M. Futterwaare 150-160 M. - Mais: Rußien,
Raps, ohne Handel. - Spiritus: pro 100 Liter à 100 pCt.
51,75-52,00 Markt. - Rubelcours 207,50 Markt

Stettin, 29. Dezember. (An der Börse.) Wetter: Nebel
und Regen. + 4 Gr. R. Barometer 28. Wind: Süd-West. Gesteir
Abend Schneefall.

Weizen etwas fester, per 1000 Kilo loco gelber 196-203 M., ge-
ringer 180-193 M., weißer 200-207 M., per Frühjahr 206 M.
Br., per Mai-Juni 207,5 M. Gd. - Roggen unverändert, per 1000
Kilo loco inländischer 196 bis 203 M., Sibauer - M., russischer -
M., per Dezember 203 M. bez., per Januar-Februar - M. bez.,
per Frühjahr 195-194,5-195 M. bez., per Mai-Juni 191,5 M. Br.,
191 M. Gd., per Juni-Juli - M. Gd. u. Br. - Gerste unverändert
pr. 1000 Kilo loco geringe 135 bis 142 M., Oberbr. u. Märker 150
bis 154 M. - Hafer unverändert, per 1000 Kilo loco 140-150 M.
bez. - Erbsen fülle, per 100 Kilo loco Futter- 155-164 M., Koch-
167-17680 M. - Mais unverändert, per 1000 Kilo loco Amerik.
138-143 M. - Wintertraps matter, per 1000 Kilo loco per April-
Mai 248 M. Br., per September-Oktober 254 M. bez. - Rübel
matt, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinmengen 55,75 M. Br.,
per Dezember 53,75 M. Br., per April-Mai 55,25-55 M. bez., per
Mai-Juni - M. bez., per September-Oktober 57,75 M. Br. -
Spiritus unverändert, per 1000 Liter pCt. loco ohne Faß 53,3 bis
53,2 M. bez., mit Faß - M. bez., per Dezember und pr. Dezember
Januar 53,7-53,5 M. bez., Br. u. Gd., per Frühjahr 55,3 M. bez.
Br. und Gd., per Mai-Juni 56 M. Br. und Gd. - Angemeldet
2000 Ztr. Roggen. - Regulirungspreise: Weizen - , Roggen 20
M., Rübel 53,75 M., Spiritus 53,6 M. - Petroleum loco 10,2 M.
tr. bez., Kleinigkeiten - , M. tr. bez., alte Usance - M. tr. bez.
Regulirungspreis 10,2 M.

Heutiger Landmarkt: Weizen 204-210 M., Roggen 204-208
M., Gerste 150-158 M., Hafer 150-158 M., Erbsen 170-180 M.
Kartoffeln 48-54 M. Sen 3-3,5 M. Stroh 36-39 M.

Berlin, 29. Dezember. Die zuverlässige Stimmung, welche in
den letzten Tagen mehr oder weniger klar zum Durchbruch gelangte,
übertrug sich auch auf das heutige Geschäft und zeigte sich namentlich
vorkaltend bei der Eröffnung des offiziellen Verkehrs. Die Meldungen
von den auswärtigen Plätzen entsprachen indes nicht ganz den über-
zogen Erwartungen und in Folge dessen trat noch in den ersten Börsen-
stunden eine ziemlich allgemeine Abschwächung ein, die indes später wie-
der einer festeren Tendenz Platz machte. Der Verkehr blieb meist eng
begrenzt, aber ein besonderes Interesse konzentrierte sich auf Lombarden
und auf Galizier. Erstere haben eine nicht unbedeutende Courserhö-
hung erfahren. Als Grund für die Vorliebe, die für letztere sich zeigte,

führte man ein von Wien gemeldetes Gerücht an, dem zufolge die
Galizier nicht nur 1 fl., sondern aller Wahrscheinlichkeit nach sogar 2
fl. Superdividende zahlen würden. Die anderen österreichischen Bahn-
aktien waren eher vernachlässigt, in noch stärkerem Grade war dies
aber der Fall in Bezug auf einheimische Eisenbahnaktien. Andere Di-
videndenpapiere verhielten sich sehr ruhig und für Montanwerthe war
die Tendenz sogar fast matt. Von den Kapitalsanlage-Papieren, die
sämmtlich sich einer festen Stimmung erfreuten, waren 3prozentige und
4prozentige einheimische Eisenbahn-Prioritäten in guter Frage, wenn
schon wesentliche Coursbesserungen nicht zu verzeichnen sind. - Für
auswärtige Renten war die Stimmung recht günstig, besonders zeich-

neten sich aber russische Effekten durch Festigkeit und Courserhöhungen
aus. Preussische und andere deutsche Staatspapiere wurden mäßig ge-
handelt. Die Prioritäten der Genossenschaft Altenberg-Rotheneichen, die
heut eingeführt wurden gingen zum Preise von 95 Prozent lebhaft
um. - Per ultimo Januar notierten: Franzosen 482-1,50-483,50
Lombarden 178-177,5-181,50, Credit-Aktien 498-497,50
Darmstädter Bank 154,10-154, Disconto 182-182,10, Deutsche Ban-
152,50-152,90, Dortmunder 86,60-75, Laurahütte 119,30-119
Der Schluß war fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 29. Dezember 1880.
Preussische Fonds- und Geis-
Cours.

Consol. Anleihe	104,80 bz
do. neue 1876	100,20 bz
Staats-Anleihe	99,90 G
Staats-Schuldch.	98,00 bz
Od.-Deichb.-Dbl.	104,80 bz
Berl. Stadt-Dbl.	94,50 bz
do. do.	100,90 bz
Schldv. d. B. Rm.	107,50 bz
Pfandbriefe:	
Landsh. Central	103,30 bz
Rur- u. Neumark.	95,00 bz
do. neue	93,25 bz
do. do.	99,90 bz
do. neue	90,70 bz
N. Brandbg. Kred.	98,70 B
Dresdenerische	100,40 bz
do. do.	89,90 bz
Pommersche	99,10 bz
do. do.	102,25 bz
do. do.	99,40 bz
Possensche, neue	
Sächsische	
Schlesische altl.	
do. alte A.	100,20 G
do. neue I.	90,25 bz
Westpr. ritterich.	98,90 bz
do. do.	
do. II. Serie	
do. neue	102,10 bz
Rentenbriefe:	
Rur- u. Neumark.	99,75 bz
Pommersche	99,60 bz
Possensche	99,60 bz
Preussische	99,90 bz
Rhein- u. Westfäl.	99,70 bz
Sächsische	99,90 G
Schlesische	

20-Frankstücke	16,150 bz
do. 500 Gr.	
Dollars	416,00 bz
Imperial	
do. 500 Gr.	
Engl. Banknoten	20,40 bz
do. einlös. Leipz.	80,60 bz
Franzöf. Banknot.	171,85 bz
Deferr. Banknot.	170,85 bz
do. Silbergulden	208,95 bz
Russ. Noten 100 Rubl.	

Dtsch. Reichs-Anl.	100,20 G
P.-A. v. 55 a 100 Th.	148,00 G
Hess. Reich. a 40 Th.	279,10 G
Bad. Pr.-A. v. 67.	134,50 G
do. 35 fl. Oblig.	176,00 B
Bair. Präm.-Anl.	136,00 G
Braunsch. 20tbl.-A.	98,25 bz
Brem. Anl. v. 1874	99,60 G
Österr.-Ung. Pr.-Anl.	129,90 G
Def. St.-Pr.-Anl.	126,50 G
Göt. Pr.-Pfdbr.	119,25 G
do. II. Abth.	116,40 G
Hb. Pr.-A. v. 1866	185,50 B
Lübbeck. Pr.-Anl.	182,40 G
Meckl. Eisenbahn.	92,25 G
Meininger Loose	26,10 G
do. Pr.-Pfdbr.	121,50 B
Oldenburger Loose	151,75 G
D.-G.-C.-P.-A. 110	108,00 B
do. do.	103,75 G
Dtsch. Hypoth. inf.	100,00 G
do. do.	101,50 G
Mein. Hyp.-Pf.	100,90 G
Redd. Gdrfr.-A.	99,50 G
do. Hyp.-Pfdbr.	

Pomm. S.-A. 120	104,60 bz
do. II. IV.	110 5 102,10 G
Pomm. III. rz.	100 5 99,80 G
Pr. S.-A. v. 1873	108,25 bz
do. do.	102,60 G
do. do.	115 5 103,25 G
Pr. C.-A. v. 1873	112,50 bz
do. inf. rz.	110 5 106,75 bz
do. (1872 u. 74)	112,50 bz
do. (1872 u. 73)	112,50 bz
do. (1874)	112,50 bz
Pr. Hyp.-A. v. 1873	101,00 bz
do. do.	110 5 104,00 G
Schles. Bod.-Cred.	103,50 G
do. do.	103,50 G
Stettiner Nat.-Hyp.	100,00 G
do. do.	100,50 G
Kruppsche Obligat.	107,75 bz

Amerik. rz. 1881	6
do. do. 1885	6
do. Bds. (fund.)	99,50 G
Kornweger Anleihe	124,00 G
Kewport. Std.-Anl.	75,40 G
Deferr. Goldrente	62,75 G
do. Pap.-Rente	63,10 G
do. Silber-Rente	250 fl. 1854
do. 100 fl. 1858	335,70 bz
do. Lott.-A. v. 1860	122,90 G
do. do. v. 1864	307,00 G
Ungar. Goldrente	95,00 G
do. St.-Eisb.-A.	90,10 G
do. Loose	213,50 B
do. Schachsch. I.	6
do. do. kleine	6
do. do. II.	6
Italienische Rente	6
do. Tab.-Dblig.	6
Rumänier	109,25 bz
Russ. Centr.-Bod.	89,00 B
do. Engl. A. 1822	89,40 G
do. do. A. v. 1862	89,40 G
Russ. fund. A. 1870	90,40 G
Russ. cent. A. 1871	90,60 G
do. do. 1872	90,60 G
do. do. 1873	90,60 G
do. do. 1877	92,80 G
do. do. 1880	72,20 G
do. Boden-Credit	81,80 G
do. Pr.-A. v. 1864	145,80 G
do. do. v. 1866	142,80 G
do. 5. A. Stiegl.	60,60 G
do. 6. do. do.	86,80 G
do. Pol. Sch.-Dbl.	4
do. do. kleine	4
Poln. Pfdbr. III. C.	63,75 bz
do. Liquidat.	4 55,60 bz
Lütt. Anl. v. 1865	5
do. do. v. 1869	6
do. Loose vollgez.	3 31,25 bz

Amsterd. 100 fl. 8 Z.	
do. 100 fl. 2 Z.	
London 1 Sfr. 8 Z.	
do. do. 3 M.	
Paris 100 Fr. 8 Z.	
Big. Bp. 100 Fr. 3 Z.	
do. do. 100 Fr. 2 Z.	
Wien 100 Kr. 8 Z.	171,65 bz
Wien 100 Kr. 2 Z.	170,90 bz
Petersb. 100 R. 3 M.	208,00 G
do. 100 R. 3 M.	206,20 G
Warschau 100 R. 8 Z.	208,20 G

*) Wechsel-Cours.
Amsterd. 100 fl. 8 Z.
do. 100 fl. 2 Z.
London 1 Sfr. 8 Z.
do. do. 3 M.
Paris 100 Fr. 8 Z.
Big. Bp. 100 Fr. 3 Z.
do. do. 100 Fr. 2 Z.
Wien 100 Kr. 8 Z.
Wien 100 Kr. 2 Z.
Petersb. 100 R. 3 M.
do. 100 R. 3 M.
Warschau 100 R. 8 Z.

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für
Wechsel 4, für Lombard 5 pCt., Bank-
diskonto in Amsterdam 3, Bremen -
Brüssel 3, Frankfurt a. M. 4, Ham-
burg - , Leipzig - , London 3, Paris
3½, Petersburg 6, Wien 4 pCt.

Babische Bank	108,25 G
Bl. Rheinl. u. Westf.	38,50 G
Bl. Spiritus-Pr.-A.	47,75 G
Berl. Handels-Ges.	102,10 G
do. Kassen-Verein	170,00 G
Breslauer Dis.-B.	97,25 G
Centralb. f. B.	3,70 G
Centralb. f. S. u. G.	
Coöper. Credit-B.	
Edin. Wechselbank	94,50 G
Danziger Privatb.	110,80 G
Darmstädter Bank	154,00 G
do. Zettelbank	106,75 G
Defauer Creditb.	89,00 G
do. Landesbank	120,50 G
Deutsche Bank	152,50 G
do. Genossensch.	119,50 G
do. Hyp.-Bank	89,25 G
do. Reichsbank	147,40 G
Disconto-Comm.	181,75 G
Geraer Bank	86,00 G
do. Handelsb.	55,39 G
Gothaer Privatb.	106,00 G
do. Grundcred.	90,50 G
Hypothek. (Güter)	
Königsb. Vereinsb.	96,00 G
Leipziger Creditb.	153,00 G
do. Discontob.	108,25 G
Magdeb. Privatb.	113,00 G
Medlb. Bodencred.	67,00 G
do. Hypoth.-B.	83,00 G
Meining. Creditb.	97,00 G
do. Hypothekenb.	91,00 G
Niederlausitzer Bank	99,00 G
Norddeutsche Bank	170,00 G
Nordb. Grundcredit	42,75 G
Deferr. Kredit	
Petersb. Intern. B.	97,00 G
Posen-Landwirtsch.	73,50 G
Posener Brod.-Bank	117,50 G
Posener Spiritactien	50,25 G
Preuss. Bank-Anth.	
do. Bodencredit	95,00 G
do. Centralb.	126,00 G
do. Hyp.-Spielb.	91,50 G
Produkt.-Handelsb.	78,90 G
Sächsische Bank	120,25 G
Schaffhaus. Bankv.	88,75 G
Schlef. Bankverein	108,25 G
Südd. Bodencredit	135,60 G

Brauerei Pakenhof.	4
Dannenh. Rattun.	4
Deutsche Bauges.	62,75 bz
Dtsch. Eisen-Bau	
Dtsch. Stahl- u. Eis.	
Donnersmarchhütte	60,00 B
Dortmunder Union	12,25 G
Edells. Maich.-Akt.	27,50 G
Edmannsd. Spinn.	29,50 G
Floraf. Charlottenb.	
Krist. u. Kohn. Röh.	52,25 G
Gelsenf. Bergw.	122,00 G
Georg-Marienb.	92,00 G
Hibernia u. Chamr.	100,00 G
Immobilien (Berl.)	82,25 G
Krausf. Keimen-F.	94,30 G
Lauchhammer	33,50 G
Laurahütte	119,00 G
Lüneb. Tief.-Bergw.	58,00 G
Magdeburg-Bergw.	122,00 G
Marienb. Bergw.	71,25 G
Menden u. Schm. B.	80,00 G
Oberchl. Eis.-Bed.	41,00 G
Osend	
Phönix B.-A. Lit. A	83,25 G
Phönix B.-A. Lit. B	43,50 G
Redenhütte conf.	152,00 G
Rhein-Nass-Bergw.	78,10 G
Rhein-Westf. Ind.	
Stobwasser Lampen	23,75 B
Unter den Linden	4,75 B
Wobler Maschinen	64,50 G

Aachen-Maschricht	29,40 bz
Altona-Kiel	159,50 G
Bergisch-Maschricht	116,00 G
Berlin-Anhalt	119,00 G
Berlin-Dresden	19,60 G
Berlin-Görlitz	21,10 G
Berlin-Hamburg	235,00 G
Bresl.-Schm.-Frbg	111,00 G
Hall.-Sorau-Guben	22,00 G
Maschricht-Potener	27,25 G
Magdeburg-Leipzig	
do. Lit. B.	
Nordhausen-Erfurt	25,25 G
Oberchl. Lit. A. u. C.	206,25 G
do. Lit. B.	169,00 G
Ostpreuss. Südbahn	41,50 G
Rechte Oderuferb.	153,50 G
Rhein-Nass-Bahn	20,00 G
Stargard-Potener	102,50 G
Thüringische	178,80 G
do. Lit. B. v. St. gar.	99,00 G
do. Lit. C. v. St. gar.	105,75 G
Ludwigsb.-Verbach	205,50 G
Mains-Ludwigsb.	94,90 G
Weimar-Geraer	50,10 G

Albrechtsbahn	30,25 bz
Amsterd.-Rotterd.	128,00 G
Aussig-Leplitz	220,00 G
Böhm. Westbahn	106,75 G
Brest-Grajewo	
Dur.-Bodenbach	90,90 G
Elisabeth-Westbahn	87,75 G
Kais. Franz. Joseph	78,60 G
Gal. (Karl Ludwig)	123,00 G
Gottthard-Bahn 80%	55,25 G
Kaischau-Dorberg	56,50 G
Lüttich-Kinburg	12,60 G
Deutr.-Staatsb.	
do. Nordm.-B.	329,00 G
do. Litt. B.	41,00 G
Reichenb.-Radb. b.	59,20 G
Kronpr. Rud.-Bahn	71,00 G
Nass-Weis	
Rumänier	
do. Certifikate	55,00 G
Russ. Staatsbahn	129,25 G
do. Südbahn	60,60 G
Schweizer Unionb.	38,00 G
Schweizer Westbahn	24,00 G
Südböhm. (Lomb.)	
Turnau-Prag	93,10 G
Warschau-Wien	268,00 G

Berlin-Dresden	54,75 G
Berlin-Görlitz	81,10 G
Halle-Sorau-Gub.	95,00 G
Maschricht-Potener	101,00 G
Marienb.-Mlawta	88,00 G
Münster-Emschede	17,90 G
Nordhausen-Erfurt	93,60 G
Oberlausitzer	44,70 G
Dels.-Giesfen	37,10 G
Ostpreuss. Südbahn	90,00 G
Rhein-Grünburg	69,25 G
N. te Oderuf. Bahn	151,90 G
Rumänische	
S. alban	
S. albanstrubahn	
T. it-Unterburg	
Weimar-Geraer	32,80 B

Hamb.-Hamm	100,30 G
Hamb.-Hamm	16,00 G
do. neue 40 proc.	154,00 G
do. Lit. B. gar.	99,10 G

Hamb.-Hamm	100,30 G
Hamb.-Hamm	16,00 G
do. neue 40 proc.	154,00 G
do. Lit. B. gar.	99,10 G

Hamb.-Hamm	100,30 G
Hamb.-Hamm	16,00 G
do. neue 40 proc.	154,00 G
do. Lit. B. gar.	99,10 G

Hamb.-Hamm	100,30 G
Hamb.-Hamm	16,00 G
do. neue 40 proc.	154,00 G
do. Lit. B. gar.	99,10 G

Hamb.-Hamm	100,30 G
Hamb.-Hamm	1